



GEMEINSCHAFTS- DIAGNOSE

Stellungnahme der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose zur Jahresprojektion 2020 der Bundesregierung

Gemäß § 2(2) Vorausschätzungsverordnung (EgVV) legt die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose hiermit als unabhängige Einrichtung ihre Einschätzung der Jahresprojektion 2020 der Bundesregierung vor.

Ergebnis der Prüfung

Die Projektion der Bundesregierung erscheint vor dem Hintergrund der derzeitigen Informationslage plausibel. Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose befürwortet diese Projektion.

Begründung des Ergebnisses

Die Jahresprojektion der Bundesregierung

Die Bundesregierung erwartet in ihrer Jahresprojektion eine Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Jahr 2020 um 1,1% und für das Jahr 2021 um 1,3% (vgl. Tabelle 1). Damit wird die Wirtschaftsleistung in beiden Jahren schwächer zunehmen als das Produktionspotenzial. Dessen Wachstum setzt die Bundesregierung für die Jahre 2020 und 2021 mit jeweils 1,4% an. Bis zum Jahr 2024 dürfte das Potenzialwachstum nach Schätzung der Bundesregierung allmählich auf 0,9% sinken, was im Wesentlichen auf demografische Faktoren zurückzuführen ist.

Veränderungen gegenüber der Herbstprojektion 2019

Gegenüber der im Oktober 2019 veröffentlichten Projektion hat die Bundesregierung die Prognose für die Zunahme des BIP im Jahr 2020 um 0,1 Prozentpunkt angehoben und an der Prognose für das Jahr 2021 festgehalten. Insbesondere die privaten und öffentlichen Konsumausgaben werden nunmehr etwas dynamischer eingeschätzt, während die Ausrüstungsinvestitionen etwas schwächer steigen dürften. Kräftig angehoben wurde die prognostizierte Zunahme der Arbeitsstunden je Erwerbstätigen im Jahr 2020; gleichzeitig wurde der Anstieg der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde in fast demselben Ausmaß nach unten korrigiert. Ebenfalls schätzt die Bundesregierung die Dynamik der Bruttolöhne und -gehälter im Jahr 2020 um 0,2 Prozentpunkte höher ein als noch im Herbst. Die erwarteten Anstiege der Deflatoren des privaten Konsums und des Bruttoinlandsprodukts wurden in beiden Prognosejahren um jeweils 0,1 Prozentpunkte gesenkt.

ANSPRECHPARTNER

Prof. Dr. Timo Wollmershäuser
ifo Institut
Tel +49 89 9224 1406
wollmershaeuser@ifo.de

www.gemeinschaftsdiagnose.de

Einordnung der Jahresprojektion der Bundesregierung in das Spektrum vorliegender Prognosen und Bewertung

Die hier beurteilte Projektion der Bundesregierung entstand Anfang Januar. Die als Vergleichsmaßstab herangezogenen Institutsprognosen wurden im Dezember 2019 fertiggestellt; die Gemeinschaftsdiagnose wurde bereits Anfang Oktober 2019 veröffentlicht.

Der für das Jahr 2020 von der Bundesregierung erwartete Anstieg des preisbereinigten BIP stimmt mit der Mehrheit der Institutsprognosen überein. Bei der Zunahme der Konsumausgaben und der Bruttoanlageinvestitionen liegt die Bundesregierung weitgehend in der Mitte des Prognosespektrums. Bei der Zunahme der Exporte von Waren und Dienstleistungen und dem Expansionsbeitrag des Außenbeitrags stimmt die Prognose der Bundesregierung mit der Gemeinschaftsdiagnose überein. Im Gegensatz zur Bundesregierung hoben alle Institute ihre Exportprognosen im Dezember teilweise deutlich an und begründeten dies unter anderem mit dem überraschend kräftigen Anstieg der Wareneinfuhren im Oktober und den sich zum Jahresende hin aufhellenden Exporterwartungen. Vor dem Hintergrund der nach wie vor hohen handelspolitischen Unsicherheiten ist die Abweichung der Bundesregierung von den aktuelleren Institutsprognosen vertretbar. Anders als in den Dezemberprognosen der Institute wird von der Bundesregierung auch die Entwicklung des Expansionsbeitrages der Vorratsveränderungen gesehen. Während die Institute den Anstieg der Verwendung von Waren und Dienstleistungen unter anderem auch aus einem beschleunigten Abbau der Lager speisen, geht die Bundesregierung im Einklang mit der Gemeinschaftsdiagnose von gleichbleibenden (negativen) Vorratsveränderungen aus. Beide Vorgehensweisen sind in der derzeitigen konjunkturellen Lage und vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Einschätzung der Exportdynamik plausibel. Die von der Bundesregierung erwarteten Anstiege der Deflatoren sowie der Bruttolöhne und -gehälter liegen im Spektrum der herangezogenen Vergleichsprognosen.

Für das Jahr 2021 rechnet die Bundesregierung mit einer schwächeren realwirtschaftlichen Dynamik als die Gemeinschaftsdiagnose bzw. die Institute. Der geringere Anstieg des preisbereinigten BIP zeigt sich verwendungsseitig in einem niedrigeren Zuwachs der öffentlichen Konsumausgaben sowie der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen. Insgesamt aber sind die Abweichungen vom Spektrum der Vergleichsprognosen nur gering und vor dem Hintergrund der mit diesem Prognosehorizont verbundenen Schätzunsicherheit vertretbar. Die Prognosen aller übrigen Variablen stehen weitgehend im Einklang mit Institutsprognosen.

Insgesamt weicht die Einschätzung der Bundesregierung nur sehr geringfügig von den vorliegenden Prognosen der Institute ab. Diese Abweichungen können allerdings begründet werden. Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose befürwortet daher die vorgelegte Projektion.

Hintergrund

Die Europäische Union hat in der Verordnung (EU) Br. 473/2013 unter anderem festgelegt, dass die der EU vorzulegenden mittelfristigen nationalen Finanzplanungen und staatlichen Haushaltsplanungen auf makroökonomischen Prognosen basieren sollen, die von einer unabhängigen Einrichtung entweder erstellt oder befürwortet wurden. In Umsetzung dieser Verordnung hat der Deutsche Bundestag das „Gesetz über die Erstellung gesamtwirtschaftlicher Vorausschätzungen der Bundesregierung“ (Vorausschätzungsgesetz – EgVG) (Bundesgesetzblatt Jahrgang 2017 Teil I Nr. 43, herausgegeben am 4. Juli 2017, S. 2080-2081) erlassen. In dessen § 3 wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen eine unabhängige Einrichtung zu bestimmen, die „über die für die Überprüfung der Vorausschätzungen erforderlichen Sachkenntnisse, Erfahrungen und Mittel verfügt“, um die Vorausschätzung der Bundesregierung zu überprüfen. In der „Verordnung über die Erstellung der gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen der Bundesregierung“ (Vorausschätzungsverordnung – EgVV) wird die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose als unabhängige Einrichtung im Sinne von § 3 Satz 1 des EgVG bestimmt.

Nach § 2(2) der EgVV sollen die Institute der Gemeinschaftsdiagnose überprüfen, ob die Projektion der Bundesregierung „[...] unter Berücksichtigung der Informationen, die in die Vorausschätzung einfließen konnten, plausibel ist. Der Unsicherheit bei der Erstellung von Vorausschätzungen ist dabei Rechnung zu tragen. Zeitnah vorliegende gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen können bei der Beurteilung der Vorausschätzungen der Bundesregierung als Orientierung dienen.“

Tabelle 1**Jahresprojektion 2020 der Bundesregierung**

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %, soweit nicht anders angegeben

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Annahmen						
BIP-Wachstum Welt	2,9	3,3	3,4			
Ölpreis (Brent, USD/Barrel)	63,9	65,7	60,5			
Wechselkurs USD/Euro	1,12	1,11	1,11			
Makroökonomische Projektion						
BIP (nominal)	2,7	2,9	3,1			
BIP (preisbereinigt)	0,6	1,1	1,3			
Private Konsumausgaben	1,6	1,3	1,4			
Konsumausgaben des Staates	2,5	2,3	1,7			
Bruttoanlageinvestitionen	2,5	1,7	2,0			
Ausrüstungsinvestitionen	0,4	0,6	2,0			
Bauinvestitionen	3,8	2,1	1,6			
Investitionen in sonstige Anlagen	2,7	3,0	3,0			
Exporte von Waren und Dienstleistungen	0,9	2,0	2,8			
Importe von Waren und Dienstleistungen	1,9	3,2	3,4			
Inländische Verwendung ¹	0,9	1,5	1,5			
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen ¹	-0,9	0,0	0,0			
Außenbeitrag ¹	-0,4	-0,4	-0,1			
BIP-Produktionspotenzial	1,4	1,4	1,4	1,2	1,0	0,9
Wachstumsbeitrag: Faktor Arbeit ¹	0,4	0,4	0,3			
Wachstumsbeitrag: Faktor Kapital ¹	0,5	0,5	0,5			
Wachstumsbeitrag: Totale Faktor Produktivität ¹	0,6	0,6	0,6			
Preise						
BIP-Deflator	2,2	1,8	1,7	1,7	1,7	1,7
Deflator des privaten Konsums	1,3	1,4	1,4			
Verbraucherpreisindex	1,4	1,5	1,5			
Deflator des Staatskonsums	2,4	2,2	1,8			
Deflator der Bruttoanlageinvestitionen	2,9	2,8	2,7			
Deflator der Exporte	0,8	0,3	0,5			
Deflator der Importe	-0,1	0,3	0,5			
Arbeitsmarkt						
Erwerbstätigkeit (Inland)	0,9	0,4	0,4			
Arbeitsvolumen (in Std.)	0,4	1,0	0,3			
Arbeitslosenquote (BA)	5,0	5,0	5,0			
Bruttolöhne und -gehälter	4,4	3,4	3,2			
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	3,2	2,7	2,7			
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen	-0,3	0,7	0,9			
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde	0,1	0,2	1,0			

¹ Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Anlage

Zur Anhangstabelle der Herbstprojektion 2019 der Bundesregierung im Kontext aktueller Prognosen vgl. [hier](#).

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Prof. Dr. Timo Wollmershäuser

ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Tel +49 89 9224 1406

wollmershaeuser@ifo.de

